

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
80327 München

Per Email:

An die Regierungen
An die Staatlichen Schulämter
An die Volksschulen
An die Förderschulen

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen

Telefon
(089) 2186

München,

IV.9-5 S 8600-4.27 498

2532

19.03.2003

Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und weiterer Gesetze

Anlagen:

- 1 Zusammenstellung der wichtigsten Gesetzesänderungen - Anlage 1 -
- 1 Gegenüberstellung der Schulbezeichnungen „alt-neu“ - Anlage 2 -
- 1 KMS vom 26.02.2003 Nr. IV.9-5 O 8200-4.482 - Anlage 3 -
- 1 Übersicht „Aufnahmeverfahren“ - Anlage 4 -
- 1 Datenblatt „Veränderungen beim Schulaufwand“ - Anlage 5 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am 12. März 2003 hat der Bayerische Landtag das „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und weiterer Gesetze“ verabschiedet. Ein Schwerpunkt der Novellierung liegt im Bereich der sonderpädagogischen Förderung. Das Gesetz wird in den wesentlichen Teilen zum 1. August 2003 in Kraft treten und damit für das kommende Schuljahr 2003/2004 maßgebend sein. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung (Landtags-Drucksache 14/9152) und die vom Landtag beschlossenen Änderungen hierzu (Landtags-Drucksache 14/11 165) sind über die Internetseiten des Bayerischen Landtags (www.bayern.landtag/infothek/infothek_f.htm) abrufbar. Zur besseren Lesbarkeit ist ein Auszug aus dem Änderungsgesetz beigefügt, in den die vom Landtag beschlossenen Änderungen bereits eingearbeitet sind und der teilweise die nur passagenweise geänderten Absätze vollständig ent-

hält (**Anlage 1**). Der Auszug beschränkt sich auf die Teile des Gesetzes, die für die Unterrichtung und Förderung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf von Bedeutung sind.

Obwohl das Gesetz erst zum 1. August wirksam wird, ist es notwendig, einige Bestimmungen, insbesondere die Regelungen über das Aufnahmeverfahren, die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und die Bildung von Außen- und Kooperationsklassen, schon **im Vorgriff** auf das formelle In- Kraft- Treten ab jetzt anzuwenden. Damit soll vermieden werden, dass Aufnahmeentscheidungen, die jetzt nach noch geltender Rechtslage getroffen werden, nach dem 1. August revidiert werden müssten. Im Folgenden werden daher zunächst die wichtigsten Gesetzesänderungen dargestellt und erläutert (Teil I) und anschließend Hinweise zur vorgriffsweisen Anwendung bestimmter Regelungen gegeben (Teil II).

Teil I

Wichtige Änderungen im Bereich der sonderpädagogischen Förderung

1. Die wesentlichen Änderungen im BayEUG im Überblick

- In **Art. 2 Abs. 1**, der die Aufgaben der Schulen aller Schularten beschreibt, wird ein neuer Satz 2 eingefügt:

„Die sonderpädagogische Förderung ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten Aufgabe aller Schularten“.

Damit wird klargestellt, dass nicht ausschließlich die Förderschulen die Aufgabe der sonderpädagogischen Förderung haben, sondern grundsätzlich alle Schulen hierzu verpflichtet sind. Die allgemeinen Schulen können diese Verpflichtung jedoch nur in dem Maße erfüllen, wie ihnen hierzu die Möglichkeiten gegeben sind und personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung stehen, etwa durch Förderungen innerhalb des stundenplanmäßigen Unterrichts, durch Gewährung von Prüfungsvergünstigungen (soweit erforderlich) oder durch den Einsatz von Stunden für den Förderunterricht.

- Die bisherige Schulart „Förderschulen“, die die Schulen für Behinderte und die Schulen für Kranke umfasste, wird künftig nur noch die „Schulen zur sonderpädagogischen Förderung“

umfassen; die Schulen für Kranke werden eine eigene Schulart (**Art. 6 Abs. 2**).

- Die Schulvorbereitenden Einrichtungen stehen nicht mehr unter dem Vorbehalt der verfügbaren Stellen und Mittel (**Art. 19 Abs. 2**).
- Die Bezeichnung der Förderschulen richtet sich nach folgenden Grundsätzen (**Art. 20 Abs. 1 – 3**):
 - Die bisherigen „Volksschulen für Behinderte“, „Berufsschulen für Behinderte“ etc. heißen künftig „Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung“, „Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung“ etc.
 - Für jede Förderschule wird der Förderschwerpunkt entsprechend der von der Kultusministerkonferenz empfohlenen Terminologie angegeben:

Förderschwerpunkt Sehen (bisher Blinde und Sehbehinderte),

Förderschwerpunkt Hören (bisher Gehörlose und Schwerhörige),

Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung,

Förderschwerpunkt geistige Entwicklung (bisher individuelle Lebensbewältigung),

Förderschwerpunkt Sprache,

Förderschwerpunkt Lernen und

Förderschwerpunkt soziale und emotionale Entwicklung (bisher Erziehungshilfe).

- Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung sind im Regelfall Förderzentren für einen Förderschwerpunkt bzw. ein Sonderpädagogisches Förderzentrum (wie bisher für die Förderschwerpunkte Sprache, Lernen und ggfs. emotionale und soziale Entwicklung); Ausnahmen: reine Schulen zur Sprachförderung, zur Lernförderung oder zur Erziehungshilfe bleiben als solche bestehen; das Wort „individuelle“ entfällt aber in der Schulbezeichnung.

Eine Gegenüberstellung der Schulbezeichnungen „alt“ – „neu“ ist beigefügt

(**Anlage 2**).

- Alle Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung, auch Schulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, gliedern sich in **Grundschulstufe** und **Hauptschulstufe**, beim Förderschwerpunkt geistige Entwicklung kommt die **Werkstufe hinzu**. Die bisherige Einteilung in Grundschulstufen I und II entfällt ebenso wie die Einteilung in Unter-, Mittel-

und Oberstufe beim Förderschwerpunkt geistige Entwicklung (**Art. 20 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a) und c)**).

- Bei den Förderschwerpunkten „Sehen“ und „Hören“ wird anstelle der bisherigen zusätzlichen Jahrgangsstufe 5 in der Grundschulstufe eine Jahrgangsstufe 1 A eingefügt. Damit harmonisiert die Zählweise der Jahrgangsstufen auch bei diesen Förderschwerpunkten mit der sonst üblichen Jahrgangsstufenfolge (**Art. 20 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a)**).
- Die Jahrgangsstufen 7 bis 9 der Hauptschulstufe können als sonderpädagogische Diagnose- und Werkstattklassen ausgebildet werden (**Art. 20 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b)**).
- Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung mit den Förderschwerpunkten Sehen, Hören oder körperliche und motorische Entwicklung können Klassen des Berufsvorbereitungsjahres, Form B oder C, angegliedert werden, damit die Schüler ihre Berufswahlentscheidung noch an der Volksschule zur sonderpädagogischen Förderung treffen zu können (**Art. 20 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Buchst. d)**).
- Die bisherige Festlegung (Art. 20 Abs. 2 Satz 2), dass mehrfachbehinderte Sinnesgeschädigte an den einschlägigen Spezialschulen unterrichtet werden, entfällt; auch für diese Schüler gilt, dass der Förderort individuell zu bestimmen ist, wobei auch die Entfernung zwischen der Wohnung und der in Betracht kommenden Schule in die Entscheidung einzubeziehen ist.
- Mobile Sonderpädagogische Dienste können bei Bedarf auch an anderen Förderschulen eingesetzt werden (**Art. 21 Abs. 1 Satz 1**).
- Die Schulvorbereitenden Einrichtungen werden schulorganisatorisch in die Förderschulen einbezogen; der Schulleiter leitet auch die Schulvorbereitende Einrichtung, diese darf keine anderen Förderschwerpunkte haben als die Schule, mit der sie verbunden ist (**Art. 22 Abs. 1**).
- Krankenunterricht und Hausunterricht kann (teilweise) auch in Form des virtuellen Unterrichts erfolgen (**Art. 23 Abs. 3**).

- Außenklassen und Kooperationsklassen werden als besondere Formen der Zusammenarbeit zwischen allgemeiner Schule und Förderschule ausdrücklich erwähnt (**Art. 30 Abs. 1**). Die für Außen- und Kooperationsklassen geltenden schulrechtlichen Grundsätze sind im KMS vom 26. Februar 2003 Nr. IV.9 - 5 O8200 - 4.482 (**Anlage 3**) zusammengestellt.
- Künftig kann ein Schüler die allgemeine Schule (Volksschule, Berufsschule) besuchen, wenn er dort am Unterricht **aktiv teilnehmen** kann und der sonderpädagogische Förderbedarf an dieser Schule - hinreichend – erfüllt werden kann; ein Erreichen der „Lernziele“ dieser Schularten kann nicht mehr gefordert werden (**Art. 41 Abs. 1**); siehe dazu unten Abschnitt 2.
- Das Verfahren bei der Schulanmeldung, zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und zur Aufnahme in die richtige Schule für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf (**Art. 41 Abs. 3**) und das Verfahren beim Übertritt von der Volksschule an die Förderschule und umgekehrt sowie beim Wechsel der Förderschulform (**Art. 41 Abs. 6 und 7**) wurde neu geregelt; siehe dazu unten Abschnitte 3 und 4.
- Die bisherige Festlegung, dass Geistigbehinderte längstens bis zu dem Schuljahr, in dem sie ihr 21. Lebensjahr vollenden, freiwillig an der Schule bleiben können, wurde aufgegeben. Nunmehr gilt auch für diese Schüler die allgemeine Regelung, dass die Schulbesuchszeit auf Antrag um ein oder zwei Jahre, mit Zustimmung der Schulaufsicht auch um ein drittes Jahr verlängert werden kann. (**Art. 41 Abs. 5**).
- Für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Volksschulen und Berufsschulen können bei der Leistungsbewertung und bei Zeugnissen besondere Regelungen gelten (**Art. 52 Abs. 2**); siehe dazu unten Abschnitt 5.

2. „Aktive Teilnahme“

Art. 41 Abs. 1 gibt die Antwort auf die Frage, welche Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Volksschule besuchen können und für welche Schüler der Besuch der Förderschule verpflichtend ist.

Eine Volksschule können demnach Schüler besuchen, wenn

- sie überwiegend am gemeinsamen Unterricht der Volksschule aktiv teilnehmen können und

- der sonderpädagogische Förderbedarf an der Volksschule, ggf. mit Unterstützung durch die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste, erfüllt werden kann.

Umgekehrt sind Schüler verpflichtet, eine Förderschule zu besuchen, wenn eines dieser Kriterien nicht erfüllt ist.

Das heißt:

- Die **Messlatte**, die bestimmt, unter welchen Voraussetzungen ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Volksschule besuchen kann, wird gegenüber der bisherigen Rechtslage gesenkt; es genügt künftig ein „aktiv teilnehmen können“.
- **Kein Wahlrecht** zwischen den Förderorten Volksschule und Förderschule besteht, wenn ein Schüler die Schwelle des „aktiv teilnehmen können“ nicht erreicht oder der sonderpädagogische Förderbedarf an der Volksschule auch bei Ausschöpfen aller dort möglichen Fördermaßnahmen nicht erfüllt werden kann.
- **Ein Wahlrecht** besteht jedoch für Schüler, die zwar aktiv, aber nicht erfolgreich am Unterricht der Volksschule teilnehmen können (s. die unterschiedlichen Regelungen in Art. 41 Abs. 8 Satz 1 und Satz 2).

„Aktiv teilnehmen können“ ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, den der Gesetzgeber in Art. 41 Abs. 1 Satz 2 selbst näher konkretisiert (Legaldefinition). Von einer aktiven Teilnahme am gemeinsamen Unterricht der Volksschule kann demnach gesprochen werden, wenn ein Schüler dort

- „überwiegend in der Klassengemeinschaft unterrichtet“ werden kann,
d. h. über die Hälfte des Unterrichts in der Gesamtklasse unterrichtet werden kann und nicht weitgehender „Binnenseparierung“ in Form von Kleinstgruppenunterricht oder Einzelunterricht bedarf, wobei sich der gemeinsame Unterricht auch auf die Kernfächer erstrecken muss,
- „den verschiedenen Unterrichtsformen der allgemeinen Schule folgen“ kann,
d. h. mit den methodischen Formen des Unterrichts der allgemeinen Schule zurecht kommt und nicht überwiegend auf Einzelmaßnahmen und Einzelzuwendung angewiesen ist,
- „dabei schulische Fortschritte erzielen“ kann,
d. h. durch den oben beschriebenen Unterricht der allgemeinen Schule beim Schüler erkennbare und messbare Lernfortschritte erzielt werden, die – ohne auf Lernziele verengt zu werden – im Gesamtspektrum der Bandbreite der Leistungen der Volksschule liegen, und
- „gemeinschaftsfähig“ ist,
d. h. im Stande ist, in den üblichen Sozialformen des Unterrichts der allgemeinen Schule zu

lernen, in einer Klasse der allgemeinen Schule mit den dort üblichen Klassenstärken zurecht zu kommen und die Mitschüler in ihrem Lernen nicht nachhaltig stört oder behindert.

Das Kriterium der „aktiven Teilnahme“ wird sicher von einem Teil der Schüler mit Förderbedarf in den Schwerpunkten „Lernen“ und „Sprache“ erreicht werden, die bislang nicht mit Erfolg am Unterricht der Volksschule teilnehmen konnten und damit zum Besuch der Förderschule verpflichtet waren. Auch für Schüler mit Förderbedarf in anderen Förderschwerpunkten, die mit einem erfolgreichen Lernen an der Volksschule Probleme haben, ist im Einzelfall zu prüfen, ob unter diesen Rahmenbedingungen der Besuch der Förderschule zwingend notwendig ist. Das gilt grundsätzlich auch bei Schülern mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, doch sind hier unter Einhaltung der Vorgaben des Art. 41 Abs. 1 Satz 2 die Voraussetzungen für eine Unterrichtung und ausreichende Förderung an der Volksschule wohl nur selten gegeben.

3. Feststellung des richtigen Förderorts

Das Verfahren zur Ermittlung des richtigen Förderorts ist im Gesetz in Art. 41 Abs. 3 geregelt. Dabei gelten folgende Grundsätze:

- Die **Anmeldung** eines Kindes erfolgt an der Grundschule, soweit nicht aufgrund der Erkenntnisse einer vorschulischen Förderung (z. B. im Kindergarten, in der SVE, durch die mobile sonderpädagogische Hilfe oder durch die Frühförderung) oder eines Screenings o. ä. vor der Schulaufnahme ausschließlich der Förderort Förderschule in Betracht kommt (etwa bei Schwerst- und Mehrfachbehinderten, aber auch bei hohem Förderbedarf im Bereich geistige Entwicklung) und die Eltern mit dem schulischen Förderort Förderschule einverstanden sind.
- Vor der Aufnahme an eine Förderschule ist stets ein **sonderpädagogisches Gutachten** zu erstellen. Das Gutachten hat
 - den Förderbedarf zu beschreiben und
 - eine Empfehlung zum geeigneten Förderort auszusprechen.

Dabei dürfen aber nicht Bedingungen formuliert werden, unter denen eine Unterrichtung und Förderung an der Grundschule möglich wäre, die aber über das regelmäßig mögliche Maß an

Förderung hinausgehen.

Beispiele: Es wäre unzulässig, eine Aufnahme an die Volksschule davon abhängig zu machen, dass dort eine geringe Klassenstärke eingerichtet wird, dass ein hohes Maß an Stunden durch die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste (d.h. mehr als 2 Stunden pro Woche) zur Verfügung steht oder dass ein Integrationshelfer gewährt wird.

- Die Erziehungsberechtigten sind in jeder Phase des Verfahrens zu beteiligen.

- Kommen Schule und Eltern nicht zu einem Einvernehmen bezüglich des richtigen Förderorts, entscheidet das **Staatliche Schulamt**. Die Eltern können eine mündliche Erörterung mit den Beteiligten (dazu gehören insbesondere Vertreter der Volksschule und der Förderschule) im Schulamt verlangen und haben das Recht, das sonderpädagogische Gutachten durch eine überörtliche, unabhängige Fachkommission überprüfen zu lassen. Diese Fachkommission wird ad hoc für jeden Einzelfall von der zuständigen Regierung neu gebildet. Mitglieder können sein:
 - Sonderschullehrer, möglichst aus dem einschlägigen Förderschwerpunkt
 - Schulpsychologe
 - erfahrene Grundschullehrkraft
 - Schulaufsichtsbeamter
 - je nach Einzelfall auch andere Fachkräfte (z. B. Staatlicher Schulberater, Vertreter des Gesundheitsamtes, Facharzt).

Die Mitglieder der Kommission dürfen am bisherigen Verfahren nicht beteiligt gewesen sein und sind bei ihrer Tätigkeit weisungsunabhängig.

Die Kommission bewertet die Feststellungen und Ergebnisse des sonderpädagogischen Gutachtens und gibt ein „Votum“ insbesondere zum richtigen Förderort ab. Das Schulamt hat bei seiner Entscheidung dieses Votum zu würdigen, ist aber nicht daran gebunden. Das Schulamt muss seine Entscheidung begründen; besondere Anforderungen an die Begründung gelten, wenn das Schulamt von der Empfehlung der Fachkommission abweichen will.

Die Verfahrensschritte sind in der beigefügten Übersicht grafisch dargestellt (**Anlage 4**).

4. Übertritt von der Volksschule an die Förderschule und umgekehrt, Wechsel der Förderschulform

Das Verfahren bei einem Übertritt von der Volksschule an die Förderschule und umgekehrt von der Förderschule an die Volksschule sowie bei einem Wechsel der Förderschulform ist in Art. 41 Abs. 7 bzw. 8 geregelt. Im Wesentlichen gelten die o. g. Grundsätze für die Feststellung des richtigen Förderorts entsprechend. Zuständige Schulaufsichtsbehörde ist

- beim Wechsel von der Volksschule zur Förderschule das Staatliche Schulamt,
- beim Wechsel von Förderschule an die Volksschule die Regierung und
- beim Wechsel der Förderschulform ebenfalls die Regierung.

Wichtig: Schüler an Förderschulen, die die Voraussetzungen der „aktiven Teilnahme“ erfüllen, können, aber müssen nicht an die Volksschule wechseln.

5. Leistungsbewertung und Zeugnisse

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die im Rahmen von Art. 41 Abs. 1 die Volksschule besuchen, werden auf Antrag der Eltern bei Leistungsnachweisen bzw. in Zeugnissen an Stelle von Noten eine allgemeine (verbale) Bewertung erhalten können – ähnlich wie derzeit Schüler in den Jahrgangsstufen 1 und 2. Im Zeugnis muss dann allerdings ein Vermerk über den sonderpädagogischen Förderbedarf ausgebracht werden. Eine Ergänzung des Art. 52 Abs. 2 Satz 2 gibt die Möglichkeit, in den Schulordnungen für Volksschulen und für Berufsschulen entsprechende Regelungen zu treffen. Damit soll verhindert werden, dass Schüler, die zwar aktiv, aber nicht erfolgreich am Unterricht der Volksschulen (und ggfs. Berufsschulen) teilnehmen können, wegen regelmäßiger schlechter Noten entmutigt werden und wegen des Nichterreichens des Klassenziels Jahrgangsstufen wiederholen müssen.

Voraussetzungen für die besondere Form der Leistungsbewertung werden sein:

- Es muss ein sonderpädagogischer Förderbedarf bestehen (der ungenügende Leistungswille reicht nicht aus) und
- die Eltern müssen über die Konsequenzen (entweder Zeugnis ohne Noten, aber mit dem Vermerk des sonderpädagogischen Förderbedarfs oder eventuell Nichterreichens des Klassenziels) informiert werden; eine solche Information wird insbesondere auch dann geboten sein, wenn ein Schüler im Zwischenzeugnis den Hinweis „Das Vorrücken ist gefährdet“ erhält.

Die einmal getroffene Entscheidung kann auch in den folgenden Jahrgangsstufen wieder geändert werden, etwa wenn ein Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf Grund der Fördermaßnahmen in den vorangegangenen Jahren im Stande ist, die Lernziele seiner Jahrgangsstufe zu erreichen.

6. Änderungen im Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG)

▪ **Härteausgleich** beim Personalkostenersatz privater Förderschulen

Der Härteausgleich, künftig in Art. 33 BaySchFG für alle Förderschulen geregelt, wird nur noch gewährt werden, wenn

- die private Förderschule staatlich anerkannt ist und
- der Schulträger sich verpflichtet, alle Schüler aus dem Einzugsbereich der Schule, die auf Grund eines festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarfs diese Schule zu besuchen haben, aufzunehmen.

Für die Erlangung der staatlichen Anerkennung gilt ein Übergangszeitraum von 5 Jahren.

▪ **Vereinfachte Abrechnungsverfahren** beim Personalkostenersatz und beim Schulaufwand privater Förderschulen

Art. 33 Abs. 1 Satz 2 BaySchFG gibt künftig die Möglichkeit, durch Vertrag mit einem privaten Schulträger den Personalkostenersatz für bestimmte Personengruppen, etwa für Pflegekräfte, abweichend von Art. 7 Abs. 2 BaySchFG pauschal festzusetzen.

Art. 60 Satz 3 BaySchFG schafft die Grundlage für die Erprobung einer budgetierten Abrechnung bestimmter Kostengruppen des Schulaufwands privater Förderschulen. Diese Versuchsphase soll in den Regierungsbezirken Niederbayern und Schwaben stattfinden.

Teil II

Hinweise zur vorgriffsweisen Anwendung bestimmter Regelungen

Die schulorganisatorischen Änderungen (in Art. 6, Art. 19, Art. 20, Art. 22 und Art. 33 Bay-EUG) und die Änderungen im Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz sind erst ab Inkrafttreten des Gesetzes anzuwenden.

Für die Schulanmeldung (Einschreibung), das Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und die Schulaufnahme für das Schuljahr 2003/2004 sind jedoch bereits die gesetzlichen Neuregelungen anzuwenden. Das sind die Bestimmungen Art. 41 Abs. 1 – 3.

Bei Planungen, die das kommende Schuljahr betreffen, sind ebenfalls die gesetzlichen Neuregelungen schon zu Grunde zu legen. Dies betrifft insbesondere die Regelungen über Außen- und Kooperationsklassen.

Im Hinblick auf das sog. „Konnexitätsprinzip“, das im Herbst in der Bayerischen Verfassung verankert werden soll, hat der Bayerische Landtag neben der Verabschiedung des Gesetzes folgenden Beschluss gefasst:

“Die Staatsregierung wird aufgefordert, zwei Jahre nach Inkrafttreten der Novellierung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen dem Landtag im Sinne des Konnexitätsprinzips zu berichten, ob die darin enthaltenen Regelungen für die Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu finanziellen Veränderungen - Mehr- oder Minderbelastungen - bei den Kommunen führen. Der Bericht soll alle Mehr- bzw. Minderbelastungen, die nach Inkrafttreten der Verfassungsänderung zum Konnexitätsprinzip entstanden sind, enthalten und Basis für einen Ausgleich nach dem Konnexitätsprinzip sein.“

Konkret bedeutet dies, dass in jedem Fall, in dem ein Schüler **auf Grund der gesetzlichen Änderungen** an Stelle der Förderschule die Volksschule besucht, festzustellen ist, ob und ggfs. in welcher Höhe dadurch ein kommunaler Aufgabenträger (Schulaufwandsträger oder Sozialhilfeträger) Mehrausgaben zu leisten hat. Betroffen sind Schüler, die zwar nicht mit Erfolg, aber aktiv

am Unterricht der Volksschule teilnehmen können und die von dieser Möglichkeit tatsächlich Gebrauch machen. Für jeden dieser Schüler ist vom Leiter der Volksschule ein Datenblatt (**Anlage 5**) auszufüllen und auf dem Dienstweg der Regierung vorzulegen. Die Regierungen sammeln die Datenblätter, fassen die Ergebnisse zusammen und leiten sie bis 20. November 2003 dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu. Auf der Grundlage dieser Meldungen wird berechnet, in welcher Höhe für die Kommunen ein Mehraufwand durch die Gesetzesänderung entstanden ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Erhard

Ministerialdirektor